



Potsdamer Konferenz

(17.07. – 02.08.1945)

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt A

Arbeitsblatt A soll verdeutlichen, dass die Potsdamer Konferenz für heutige Schüler[∞] kein Ereignis von nur noch antiquarischem Interesse ist. Viel Gegenwärtiges weist auf Ursprünge in Potsdam zurück.

Foto: Potsdam ist nach Teheran (1943) und Jalta (1945) die dritte und letzte Kriegskonferenz der „Großen Drei“. Die Stelle, die zuvor US-Präsident Roosevelt († 12.4.45) einnahm, besetzt in Potsdam sein vormaliger Vizepräsident Truman. Churchill wird nach verlorener Parlamentswahl in der Endphase der Konferenz durch den neuen Premierminister Attlee ersetzt. Truman, Attlee und Stalin unterschreiben am 2.8.1945 ein Verhandlungsprotokoll über die Ergebnisse der Konferenz, das als „Potsdamer Abkommen“ bezeichnet wird. Es ist ein Regierungsabkommen, kein völkerrechtlicher Vertrag, der hätte ratifiziert werden müssen.

— *Hinweis:* Möglicherweise muss den Schülern[∞] erklärt werden, dass die hier verwandten, seinerzeit geltenden offiziellen Bezeichnungen UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) / Sowjetunion / sowjetisch dem umgangssprachlichen „Russland“ / „russisch“ entsprechen.

1 ■ Einladung zur Spurensuche

— Zu Aufgabe 1a

Kloses und Podolskis Eltern kamen als „Spätaussiedler[∞]“ aus dem (nach Potsdam) polnischen Oberschlesien nach Westdeutschland. Die Väter konnten geltend machen, Deutsche im Sinne des Art. 116 (1) GG zu sein, weil ihre Eltern (Kloses und Podolskis Großeltern) noch Reichsbürger[∞] gewesen waren. Mit ihrer Aufnahme erwarben auch die nichtdeutschen Ehegatten[∞] und Kinder (die jetzigen Fußballer) die deutsche Staatsangehörigkeit.

— Zu Aufgabe 1b

Hinweise sind z.B. ehemalige Kasernen der Besatzungsmächte, Denkmäler, Straßennamen (Clay-Allee/Bersarinplatz)

— Zu Aufgabe 2

Die Zahl der Kinder in Deutschland, die Besatzungsangehörige außer-ehelich zum Vater haben, wird auf weit über 100.000 geschätzt, die Dunkelziffer ist groß („Fräuleinwunder“). Nach Aufhebung von Fraternisierungsverboten kam es auch zu regulären Eheschließungen. Kinder einer solchen Verbindung trugen nach damaligem deutschem Recht automatisch den Namen ihres (ausländischen) Vaters. Prominenteste Beispiele sind der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (* 1971 in West-Berlin), dessen schottischer Vater Zivilbeamter der britischen Armee in Berlin war, und der Präsident der Bundesärztekammer Frank Ulrich Montgomery (* 1952 in Hamburg), der einen britischen Offizier zum Vater hat.

Speziell in nach 1950 entstandenen Neubauvierteln vieler westdeutscher Städte finden sich gehäuft Straßennamen ehemals ostdeutscher Städte, Provinzen, Flüsse. Sie müssten zunächst als solche identifiziert werden, um anschließend Hintergründe dieser Benennungen zu erschließen (Wohnungsbau für Flüchtlinge und Vertriebene, Erinnerung an deutsche Gebiete, die noch nicht als endgültig verloren galten).

2 ■ Schnee von gestern?

Die Beschlüsse **A, D, E, F, G, I, J, K** wirken fort (f) und wurden z.T. von den „gezähmten Deutschen“ (Zeithistoriker Hans Peter Schwarz) in Verfassung und Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

A Es ist Vorsorge zu treffen, dass Deutschland nie wieder den Weltfrieden bedrohen kann.

- UN-Charta, Art. 53 und 107 („Feindstaatenklauseln“), für „obsolet“ erklärt, gleichwohl bis heute nicht getilgt.
- Art. 26 GG: Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges
- Einbindung des deutschen Potenzials in internationale Organisationen (wirtschaftlich: Montanunion EWG/EG/EU; militärisch: NATO).
- Selbstverpflichtung Deutschlands, auf Herstellung und Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verzichten.

D Nationalsozialistische Aktivitäten jeder Art sind verboten.

- §130 StGB: Verbot, NS-Handlungen öffentlich zu billigen, zu leugnen oder zu verharmlosen
- §86, 86a StGB: Verbot, NS-Propagandamittel, Symbole, Grußformen zu verwenden
- Art. 21GG: Verbot verfassungswidriger Parteien

E Das politische Leben in Deutschland muss auf demokratischer Grundlage erfolgen.

- GG Art. 20 (1): Demokratie mit „Ewigkeitsgarantie“ in Art. 79 (3) GG

F Deutschland muss dezentral organisiert sein.

- GG Art. 20 (1) und 30: Bundesstaat mit „Ewigkeitsgarantie“ in Art. 79 (3) GG

G Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht ist verboten.

Bundesgesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen („Kartellgesetz“)

I Die Deutschen müssen sich ihrer Verantwortung stellen, deutsche Kriegsverbrecher müssen vor Gericht gestellt werden.

Das Thema ist Bestandteil der Lehrpläne aller Schularten, insbesondere für den Geschichts- und Deutschunterricht. Zudem gibt es die Einrichtung der (bis heute tätigen) „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg. Beispiel für „Niemals vergessen!“ ist u.a. der Holocaust-Gedenktag (27. Januar 1945, Tag der Befreiung von Auschwitz)

J Deutschland muss 25 % seines Staatsgebietes an Polen und Rußland abtreten.

2+4-Vertrag (12.9.1990) und deutsch-polnisches Grenzabkommen vom 14.11.1990, mit dem das wiedervereinigte Deutschland noch einmal die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze völkerrechtlich anerkennt.

K Truppen der Siegermächte werden in Deutschland stationiert.

Truppen der ehemaligen Siegermächte sind weiterhin, jetzt jedoch als verbündete NATO-Partner, in Deutschland stationiert.

THEMA
03
LEHRERBLATT

Potsdam und die Teilung Deutschlands

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt B

Arbeitsblatt B nennt Faktoren, die zur Teilung Deutschlands beitragen.

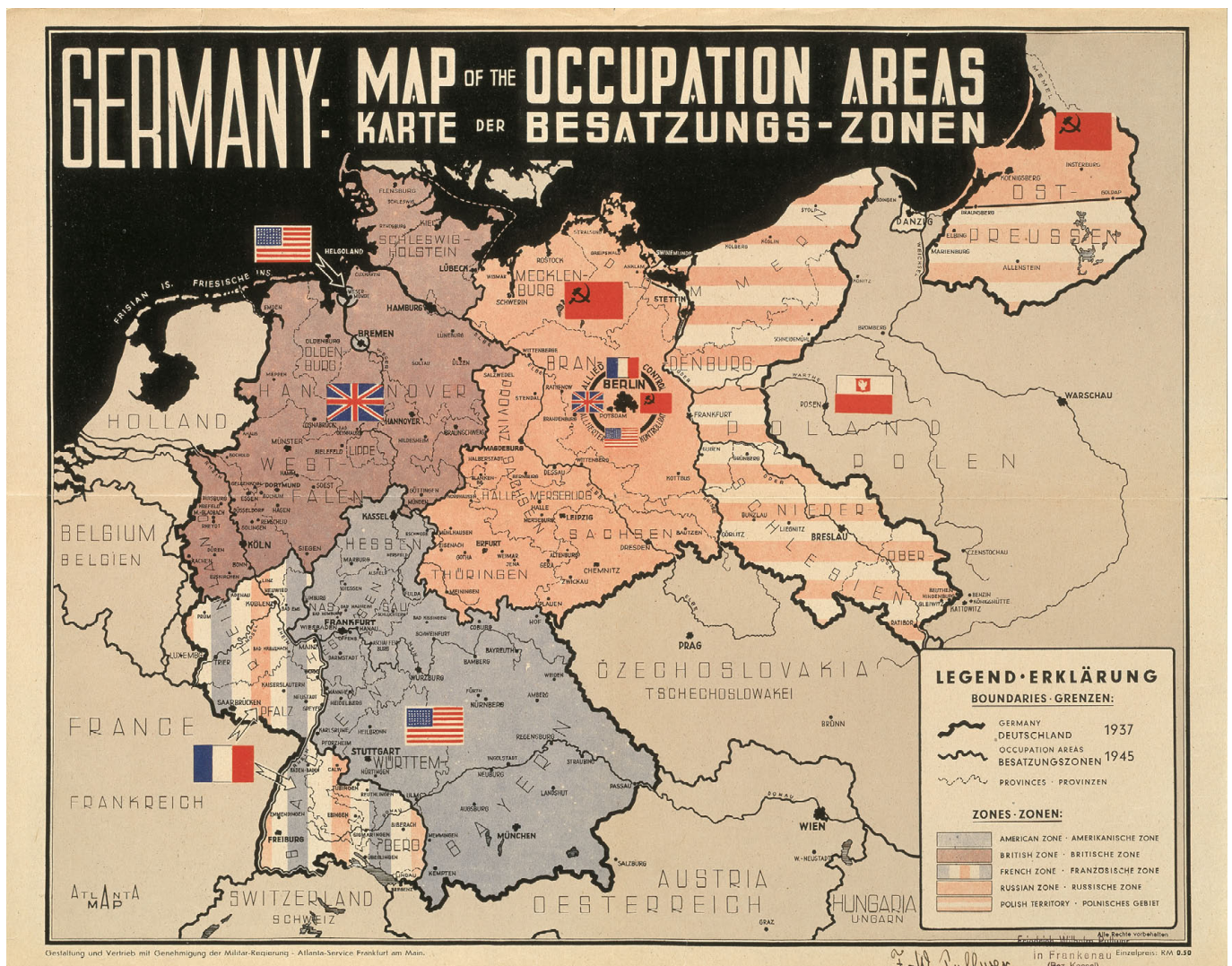
3 Beurteilt: Wie konnte es zur Teilung kommen?

Ausschlaggebend war letztlich die Neuorientierung der US-Politik gegenüber der als aggressiv eingeschätzten Sowjetunion (Quelle C).

Quelle A: Die Reparationsregelung behandelt Deutschland gerade nicht als wirtschaftliche Einheit, sondern zerlegt es de facto in zwei getrennte Wirtschaftskörper. Die Westmächte kaufen ihre Zonen (Ruhgebiet) frei und überlassen im Gegenzug der UdSSR deren Zone zur unkontrollierten Ausbeutung. Dafür akzeptierten sie die von Stalin eigenmächtig festgelegte Oder-Neiße-Grenze. Die Sowjetzone hatte in den Folgejahren ein Vielfaches der westdeutschen Reparationslast zu tragen. Aus ihr blieben auch die vereinbarten Lebensmittellieferungen aus. Das führte im Frühjahr 1946 zu einem Stopp der Reparationslieferungen an die UdSSR aus der amerikanischen Zone, schließlich zu einer – zunächst wirtschaftlichen – Neuorientierung in den Westzonen ohne Beteiligung der UdSSR (Bizone 1.1.1947).

Quelle B: Frankreich konnte seine „Vorbehalte“ mit einer Obstruktionspolitik (Blockadepolitik) im Kontrollrat durchsetzen. Da dort Einstimmigkeit erforderlich war, blockierte es sämtliche Ansätze zur Schaffung überzonaler deutscher Institutionen mit seinem Veto. De Gaulle schlug 1946 ein dezentralisiertes Deutschland wie nach dem Westfälischen Frieden (1648) vor.

Quelle C: US-Präsident Truman, der bei der Potsdamer Konferenz erst drei Monate im Amt war, gedachte zunächst, die Zusammenarbeit mit der UdSSR fortzusetzen. Anders als sein Vorgänger Roosevelt sah er jedoch das Anwachsen der sowjetischen Macht in Ost- und Mitteleuropa kritischer. Er verließ Potsdam mit dem Eindruck: „Das russische Fernziel hieß Weltherrschaft.“ 1946/47 leitete er eine Politik der Eindämmung („Policy of containment“) ein. Er folgte damit Ratgebern wie Kennan, den er zu den „erfahrensten Russlandexperten“ zählte und 1947 zum Chef des Planungsstabes im US-Außenministerium machte.



— Karte: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: 1987 / 3 / 061